

**Erklärung zur 51. Tagung der  
UN-Frauenrechtskommission  
vom 26. Februar bis 9. März 2007**

**Geschlechtsspezifische Gewalt und sexuelle  
und reproduktive Gesundheit und Rechte**

1. Die International Planned Parenthood Federation (IPPF) begrüßt das Thema der 51. Tagung der UN-Frauenrechtskommission: „**Die Beseitigung aller Formen von Diskriminierung und Gewalt gegen Mädchen**“. Alle Mädchen und jungen Frauen haben - unabhängig von ihrer Rasse, ihrer Religion, ihrem Familienstand, ihrer Sprache, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Kultur, ihrer gesundheitlichen Beeinträchtigung oder ihrer sozioökonomischen Lage oder ihrer Zugehörigkeit zu indigenen Gruppen oder dass sie Migrantinnen, einschließlich Arbeitsmigrantinnen, Verschleppte oder Flüchtlinge sind - das Recht auf Gleichberechtigung und auf Abwesenheit jeder Form von Diskriminierung. Dies schließt ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit und das damit verbundene Wohlergehen mit ein.
2. IPPF stellt mit zunehmender Besorgnis den fehlenden globalen Fokus auf die direkten Zusammenhänge zwischen der Unmöglichkeit von Frauen und Mädchen, über ihr Sexualleben verhandeln und Entscheidungen treffen zu können, und ihrer zunehmenden Gefährdung durch geschlechtsspezifische Gewalt, die u. a. zu schlechter sexueller und reproduktiver Gesundheit, ungeplanten Schwangerschaften, unsicheren Abtreibungen, Stigmatisierungen und Diskriminierungen führt, fest.

*„Die Menschenrechte für Frauen beinhalten deren Recht, frei und verantwortlich über alle Angelegenheiten hinsichtlich ihrer Sexualität, einschließlich ihrer sexuellen und reproduktiven Gesundheit, frei von Nötigung, Diskriminierung und Gewalt, verfügen und bestimmen zu können. Gleichberechtigte Beziehungen zwischen Frauen und Männern in Bezug auf Sexualität und Reproduktion, einschließlich der vollen Respektierung der Integrität der Person, erfordern gegenseitige Achtung, Einwilligung und gemeinsame Verantwortung für das sexuelle Verhalten und die daraus hervorgehenden Konsequenzen“ (FWCW Platform for Action, 1995).*



3. IPPF ist weltweit eine mächtige Stimme für den Schutz der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte aller Menschen. Wir sind davon überzeugt, dass das Recht auf sexuelle und reproduktive Gesundheit und Wohlergehen ein wesentlicher Bestandteil der sozialen und wirtschaftlichen Gesamtentwicklung aller Nationen ist. Dies ist von besonderer Bedeutung, wenn man berücksichtigt, dass die mangelnde sexuelle und reproduktive Gesundheit fast ein Fünftel der gesamten weltweiten Kosten ausmacht, die durch Krankheit entstehen<sup>1</sup>. Die langjährige Arbeit von IPPF hat nachgewiesen, wie sich Leben verändern lässt, wenn Mädchen, Jungen und Frauen befähigt werden, auf der Grundlage ihrer reproduktiven Freiheit zu handeln - eine Veränderung für sie selbst, ihre Familien, ihre Gemeinschaften und die gesamte Welt.
4. Vor nunmehr über zehn Jahre fanden die bahnbrechenden internationalen Konferenzen in Kairo und Peking statt, die die Forderung nach universellem Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit bekräftigten. Die Pekinger „Platform for Action“ erkennt zudem die entscheidende Rolle der Sexualität und die Fähigkeit der Frauen, Entscheidungen zu kontrollieren und selbst zu treffen, als die entscheidende Voraussetzung für ihr Wohlergehen an.
5. Sowohl das Pekinger Programm als auch die Vision und die Vereinbarungen, die während der Internationalen Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung festgelegt und getroffen worden sind, sowie die Pekinger und die „Kairo plus Fünf“ UN-Berichte betonen, dass Frauen im Zentrum der internationalen Entwicklung stehen sollten. Beide verpflichten sich zu einem ganzheitlichen und multidisziplinären Ansatz, um die entscheidenden Probleme anzugehen, mit denen Frauen heute konfrontiert sind. Beide politischen Plattformen und Programme stärken im Sinne der Mittel, Methoden und Ergebnisse die Rechte der Frauen und wollen sicherstellen, dass Mädchen und Frauen weltweit das Recht haben, frei und verantwortlich über ihre Sexualität zu entscheiden, und zwar frei von Nötigung, Diskriminierung und Gewalt.
6. Während in einigen Teilen der Welt Fortschritte im Hinblick auf einen besseren Zugang zu reproduktiven Gesundheitstechniken und -dienstleistungen zu verzeichnen sind, ist kaum ein Fortschritt erfolgt hinsichtlich der Umsetzung der Rechte von Frauen und Mädchen, wichtige Entscheidungen hinsichtlich ihres sexuellen Lebens zu treffen. Dieser Aspekt erhält nach wie vor zu wenig Aufmerksamkeit. Die Weltgesundheitsorganisation hat unsicheren Sexualverkehr

als zweitwichtigsten Risikofaktor für Invalidität oder Tod in den ärmsten Ländern der Welt identifiziert. Allerdings ist Gewalt gegen Frauen, die mit Größenordnungen zwischen "eine von zwei Frauen" bis "eine von sechs Frauen" angegeben wird, Hauptursache für viele sexuelle und reproduktive Gesundheitsprobleme<sup>2</sup>, einschließlich einer erhöhten Anfälligkeit für sexuell übertragbare Krankheiten, HIV und Aids, ungeplante Schwangerschaften, Abtreibungen und Krebserkrankungen reproduktiver Organe.

7. HIV und Aids werden weltweit als außerordentliche Pandemie betrachtet. Dabei wird jedoch die Rolle geschlechtsspezifischer Gewalt in Bezug auf die zunehmende HIV- und Aids-Anfälligkeit von Mädchen und jungen Frauen nicht ausreichend berücksichtigt. Heute leben nahezu 40 Millionen Menschen mit HIV: während 50% davon Frauen sind, entfallen mehr als 60 Prozent aller Neuinfektionen auf junge Frauen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren. In einigen Ländern ist die Wahrscheinlichkeit junger Frauen sich zu infizieren sechs Mal größer als bei Männern. Diese Zahl zeigt deutlich das katastrophale Versagen der internationalen Gemeinschaft, geschlechtsspezifische Ungleichheiten anzugehen, einschließlich Gewalt, die junge Mädchen und Frauen einem größeren Risiko einer HIV-Infektion aussetzt.
8. Die geschlechtsspezifische Gewalt ist eine der verbreitetsten Formen der Diskriminierung von Frauen und ein großes Problem der öffentlichen Gesundheit. Der Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen über die „Umfassende Untersuchung aller Formen der Gewalt gegen Frauen“ nennt vier Formen der Gewalt, die sich in erheblichem Umfang auf Mädchen und junge Frauen auswirken. Dazu zählen Gewalt gegen Frauen innerhalb der Familie, wie beispielsweise Gewalt durch den Partner, gesundheitsgefährdende traditionelle Praktiken (z.B. Genitalverstümmelung, Kinderheirat und pränatale Geschlechtsauswahl), Gewalt gegen Frauen in der Gesellschaft, insbesondere sexualisierte Gewalt, sexuelle Belästigung und Menschenhandel. Zu den weiteren Formen der Gewalt zählen vom Staat verübte oder stillschweigend geduldete Gewaltformen und Gewalt gegen Frauen in bewaffneten Auseinandersetzungen.<sup>3</sup> Die Studie der Weltgesundheitsorganisation zur Gewalt gegen Frauen stellt in vielen Ländern ein alarmierendes Ausmaß an erzwungenem Geschlechtsverkehr fest und weist auf die Schwierigkeit von Frauen hin, sich selbst gegen HIV-Infektionen zu schützen.<sup>4</sup>
9. Diese UN-Versammlung ist eine einzigartige politische Gelegenheit für die Weltgemeinschaft, die in der Peking „Platform for Action“ enthaltenen Verpflichtungen erneut zu bekräftigen. Sie

ist auch eine Chance, die Lücke der inzwischen zahlreichen rhetorisch geäußerten Verpflichtungen über die Beseitigung geschlechtsspezifischer Gewalt durch die internationale Gemeinschaft und der tatsächlichen Realität zu schließen, die Frauen und Mädchen weltweit täglich erleben müssen. Sie ist zudem eine Chance für die Regierungen der Mitgliedstaaten, das Recht von Frauen und Mädchen auf Ausübung ihres grundlegenden Rechtes auf sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte ohne Angst oder Nötigung erneut zu bekräftigen.

- 10.** Wie bei der 45. Tagung der UN-Frauenrechtskommission (6. - 16. März und 9. - 11. Mai 2001) festgestellt wurde, *„erleben viele Frauen bei der Wahrnehmung ihrer Menschenrechte zusätzliche Hindernisse aufgrund von Faktoren wie Rasse, Sprache, ethnischer Zugehörigkeit, Kultur, Religion, gesundheitliche Beeinträchtigung oder sozioökonomische Lage oder weil sie indigenen Gruppen angehören, Migrantinnen, einschließlich Arbeitsmigrantinnen, Verschleppte oder Flüchtlinge sind. Auch die Ergebnisdokumente der Sondersitzung der UN-Generalversammlung weisen daraufhin, dass in Situationen bewaffneter Auseinandersetzungen und Okkupation durch fremde Truppen die Menschenrechte von Frauen umfassend verletzt wurden“*.
- 11.** Die Beseitigung aller Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, einschließlich Vergewaltigungen, Menschenhandel und gesundheitsschädliche traditionelle Praktiken erfordert sofortige Maßnahmen der Regierungen. Die Aufgabe, die Rechte von Mädchen und Frauen zu respektieren, zu schützen und zu erfüllen, verpflichtet alle Staaten dazu sicherzustellen, dass geeignete gesetzgebende, gerichtliche, administrative, haushalterische, wirtschaftliche und sonstige Programme und Dienstleistungen eingeführt werden, die es Mädchen und Frauen ermöglichen, ihre Rechte effektiv auszuüben.

## **Empfehlungen**

1. Wir begrüßen es, dass die 51. Konferenz der UN-Frauenrechtskommission den Schwerpunkt auf die Notwendigkeit legt, die Diskriminierung gegen Frauen und Mädchen zu beenden. Wir mahnen die internationale Gemeinschaft an, die zentrale Rolle der Frauen bei der Lösung der bedrückendsten Probleme in der Welt in vollem Umfang anzuerkennen und erneut zu bestätigen. Wir erkennen an, dass die Umsetzung der Rechte von Mädchen und Frauen eine Erfüllung aller Versprechen und Zusagen bedeutet, die im letzten Jahr-

zehnt gemacht wurden. Und wenn Versprechen der internationalen Gemeinschaft auch von zukünftigen Generationen ernst genommen werden sollen, müssen alle derartigen Versprechen und Zusagen von den heutigen Regierungen eingehalten werden.

2. Die IPPF ist bereit, ihre Verantwortung in dieser Hinsicht zu übernehmen. Um dieses Ziel zu erreichen, sind ein angemessener politischer Wille, angemessene Ressourcen und ein angemessenes Umfeld erforderlich, um uns alle in die Lage zu versetzen, die gemeinsamen Bemühungen dafür zu verstärken, dass Mädchen und Frauen in der Lage sind und die Möglichkeit haben, ihre sexuellen und reproduktiven Rechte wahrzunehmen.
3. Wenn die Pekinger Ziele - neben den Zielen der Internationalen Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung (Kairo) und den Millennium Entwicklungszielen (MDG) - erfüllt werden sollen, müssen die politischen und programmatischen Bemühungen auf allen Ebenen verstärkt werden. Zudem müssen angemessene Ressourcen identifiziert und verteilt werden. Außerdem müssen wir gemeinsam neue Ansätze erarbeiten, mit denen die Geschlechterlücke in Bereichen wie Gesundheit, Bildung oder Menschenrechten, einschließlich der sexuellen und reproduktiven Rechte, geschlossen werden kann.
4. Mit dem neuen Ziel, das von der UN-Generalversammlung hinsichtlich des universellen Zugangs zur reproduktiven Gesundheit bis 2015 in die Millennium Entwicklungsziele aufgenommen wurde, mahnen wir die Regierungen, die UN-Organisationen und die entsprechenden Organisationen an, dafür zu sorgen, dass die erforderlichen Maßnahmen umgesetzt werden, um Mädchen und junge Frauen von allen Formen der Diskriminierung und Gewalt zu schützen und die Zunahme von HIV-Infizierungen bei Frauen, insbesondere bei jungen Frauen, einzudämmen.
5. IPPF mahnt dringend ein stärkeres Engagement seitens der internationalen Gemeinschaft zum Schutze des Wohlergehens von Mädchen und Frauen an und fordert, dass die weltweite Aufmerksamkeit auf diese Schlüsselzusammenhänge konzentriert wird. Die Botschaft von Engagierten überall in der Welt ist deutlich: *„Angesichts der Brutalität und der erschütternden Todesraten bedürfen die damit verbundenen Krisen der unmittelbaren und einschneidenden Aufmerksamkeit - von der Erstellung und Verstärkung von Richtlinien bis hin zur Veränderung von Einstellungen und der Infragestellung von Vorurteilen.* <sup>5</sup>

6. Und schließlich mahnt IPPF die Staaten an, vorhandene Rechte durchzusetzen und bestehende Gesetzgebung zu erweitern, damit die Rechte aller Mädchen und Frauen, einschließlich ihrer Rechte auf sexuelle und reproduktive Gesundheit, in vollem Umfang geschützt werden, und diese frei von jeder Form der geschlechtsspezifischen Gewalt leben können, und fordert die Regierungen auf, Programme zu entwickeln, die speziell auf die Bedürfnisse von Mädchen und Frauen ausgerichtet sind.

---

<sup>1</sup> FACT Sheet 31: How Access to Sexual & Reproductive Health Services is Key to the MDGs, Washington, 2005

<sup>2</sup> Glasier, A et al, 2006 "Sexual and reproductive health: a matter of life and death" in the Lancet: Sexual and Reproductive Health, October 2006.

<sup>3</sup> UN General Assembly: 2006, In-depth study on all forms of violence against women: Report of the Secretary General: sixty-first session.

<sup>4</sup> World Health Organisation, 2005, WHO multi-country study on women's health and domestic violence against women: summary report of initial results on prevalence, health outcomes and women's responses. Geneva, World

<sup>5</sup> Rothschild, C., Reilly, A. and Nordstrom, A., 2006, "Strengthening resistance: confronting violence against women and HIV/AIDS", Centre for Women's Global Leadership.

London, Januar 2007

**Deutsche Übersetzung:**

pro familia Deutsche Gesellschaft für Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexualberatung e.V., Frankfurt am Main im Februar 2007

Deutsche Mitgliedsorganisation der IPPF